



Klima retten - Erneuerbare Energien ausbauen - Regionalwirtschaft stärken - Zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen - Heimat bewahren - Natur schützen - Lebensqualität sichern

Stommeln 17.03.2019

Presseinformation

Offensichtlich ignoriert Ministerpräsident Laschet ein Anliegen vieler Bürger im rheinischen Braunkohlerevier. Das Aktionsbündnis Stommeler Bürger „Leben ohne Braunkohle“ (LoB) hatte bereits im Januar einen offenen Brief an Ministerpräsident Laschet gesendet und wartet bisher vergeblich auf Antwort. Mit dem Brief war der sogenannte Stommeler Appell mit den Unterschriften von über 600 Bürgern und mit Unterstützung zahlreicher Gruppierungen übersendet worden.

Mit Hinweis auf Vereinbarungen im Koalitionsvertrag wird der Ministerpräsident darin aufgefordert, sich der Problematik der Folgeschäden des Braunkohleabbaus anzunehmen.

Auslöser des Stommeler Appells war ein Informationsabend des Aktionsbündnis mit dem Titel: „Die Spätfolgen der Braunkohle - Wer zahlt die Zeche?“

Dabei wurde darüber informiert, dass der Braunkohleabbau neben den aktuellen Problemen auch in Zukunft nach seinem Ende ungeklärte Risiken schafft.

Dazu zählen neben den nicht reparablen Landschaftsschäden und weiter auftretenden Bergschäden auch die drohende Schädigung und der weitere Verlust von Millionen Kubikmetern wertvollen Grundwassers

Um Schaden von der Umwelt abzuwehren wird es unumgänglich sein, auch nach Tagebauende dauerhaft Sümpfungen aufrechtzuerhalten, um zu vermeiden, dass Schadstoffe die jahrzehntelang in ausgekohlten Tagebauen deponiert wurden, in das wieder ansteigende Grundwasser gelangen.

Bisher existiert weder für die Beseitigung von Bergschäden noch für den Schutz des Grundwassers eine Regelung.

Angesichts der Tatsache, dass der Bergbaubetreiber hohe Entschädigungssummen für sein vorzeitiges Ende verlangt, fordert das Aktionsbündnis, dass hier eine Gegenrechnung aufgemacht werden muss, um die verursachten Schäden auszugleichen

Während im Bereich des Steinkohlebergbaus eine Sicherung in Form eines Ewigkeitslastenfonds eingerichtet wurde, existiert ein solcher für das Rheinische Braunkohlenrevier nicht. Um die Folgekosten für Mensch und Umwelt nicht auf unsere Kinder und Enkel abzuwälzen, ist es an der Zeit, den Verursacher dafür jetzt in die Pflicht zu nehmen.

Deshalb hatte das Aktionsbündnis Herrn Laschet und seine Landesregierung in dem Brief gefragt:

„Welche Vorkehrungen treffen Sie, um Schäden von den Betroffenen jetzt und in Zukunft abzuwenden?“

Da bisher keine Antwort aus Düsseldorf vorliegt, hat das Aktionsbündnis seinen Appell nun auch online gestellt. Unter <https://weact.campact.de/petitions/stommeler-appell-folgen-des-braunkohletagebaus-transparent-machen> können jetzt auch bundesweit Bürger den Appell unterstützen.

Josef Schumacher und Rudolf Brands für Aktionsbündnis Stommeler Bürger „Leben ohne Braunkohle“ (LoB)

c/o: Rudolf Brands, Zum Ommelstal 97, 50259 Pulheim Tel.: 02238/15253 e.mail: rudolfbrands@netcologne.de

Anlagen: Offener Brief, Stommeler Appell